

## „Wir sind hier, weil ihr unsere Länder zerstört!“<sup>1</sup>

- Wie die europäische Politik Fluchtursachen schafft, sich jedoch ihrer Verantwortung zum Schutz der Flüchtenden entzieht -

59,5 Millionen Menschen sind nach Angaben des UNHCR derzeit weltweit auf der Flucht. Nur ein kleiner Bruchteil davon sucht Schutz und eine Lebensperspektive in Europa. 86% der Flüchtenden leben in großen Lagern in den Nachbarländern ihrer Heimat. Doch dort ist die humanitäre Situation oft katastrophal. Während es für viele Menschen aus der EU ein Leichtes ist, an Visa zu kommen, um in die entferntesten Länder zu reisen, müssen Menschen aus den Ländern des Südens zunehmend mehr Geld aufwenden und lebensgefährliche Risiken eingehen, um einen geschützten Ort zu erreichen. Ihnen stehen keine legalen Einwanderungsmöglichkeiten offen.

Das führt dazu, dass allein 2014 mehr als 3.000 Menschen bei dem Versuch umkamen, eine der tödlichsten Grenzen der Welt zu überqueren: das Mittelmeer. Und die Dunkelziffer liegt weitaus höher. Auch wenn die Welt durch die Globalisierung enger zusammengewachsen zu sein scheint, werden zeitgleich überall neue Abschottungsmechanismen entwickelt und Grenzen aufgerüstet. Globale Bewegungsfreiheit ist und bleibt ein Privileg des Nordens, welches den Menschen aus den Ländern des Südens verwehrt wird.

Dabei bleibt weitgehend unbeachtet, welchen immensen Anteil die europäische Wirtschafts- und Handelspolitik bei der Verstärkung von Fluchtursachen einnimmt. In Deutschland und Europa werden Menschen, die aufgrund von Perspektivlosigkeit die Flucht antreten, abgewiesen, obwohl eben diese EU mit ihrer neoliberalen Politik Gründe für die Flucht der Menschen schafft. Einige Beispiele:



### Freihandelsabkommen: Zerstörung lokaler Märkte durch europäische Exporte

Mit bilateral verhandelten Freihandelsabkommen, den sogenannten EPAs (Economic Partnership Agreements), will die EU seit Jahren die Öffnung der Märkte der AKP-Staaten (Staaten-Gruppe der Regionen Afrika, Karibik, Pazifik) erreichen. Dabei sollen diese ihre Märkte bis zu 83% für Exporte aus der EU öffnen, d.h. schrittweise Zölle und Gebühren abbauen.

Um diese Handelsvereinbarungen durchzusetzen, scheut die Europäische Union nicht davor zurück, teilweise erpresserisch vorzugehen. Dabei wird vor allem die Einschränkung des zollfreien Zugangs zum europäischen Markt als Druckmittel genutzt. Als Kenia sich wehrte, einem solchen Wirtschaftsabkommen zuzustimmen, verhängte die EU Strafzölle von 8 bis über 30 Prozent auf wichtige kenianische Exportgüter. Wenige Wochen später sah Kenia sich gezwungen, das EPA zu unterzeichnen und sich so den Forderungen der EU zu beugen. Was Kenia befürchtete, hat sich in anderen Ländern bereits bewahrheitet. Ghana stimmte 2007 einem vorläufigen Abkommen mit der EU zu.

In den letzten Jahren haben sich die Importe nach Ghana aus der EU, wie beispielsweise die von gefrorenen Geflügelresten, mehr als verdreifacht. Dies führt zwangsläufig dazu, dass kleinbäuerliche Strukturen und damit für viele Menschen die Finanzierung nachhaltig geschädigt wird. Die europäischen Agrarexporte nach Afrika sind gleichermaßen von 2003 bis 2013 um 10 Milliarden und damit auf 16,6 Milliarden Euro angestiegen. Die afrikanischen ProduzentInnen können schlicht mit den industriell gefertigten und hoch subventionierten Lebensmittelprodukten aus Europa nicht konkurrieren.

<sup>1</sup> Slogan der Flüchtlingsorganisation Karawane

## **Bilaterale Fischereiabkommen: Lizenz zur Plünderung der Meere**

1,5 Millionen Menschen leben an der Küste Westafrikas von Kleinfischerei. Die Bedeutung der küstennahen Kleinfischerei für die Ernährungssicherheit und für die Entwicklung der lokalen Ökonomien ist enorm. Doch seit einigen Jahrzehnten spürt die handwerkliche Kleinfischerei immer stärker die Konkurrenz riesiger Trawler aus der EU. Diese Fabriksschiffe werden aufgrund der Überfischung der europäischen Meere zunehmend in außereuropäische Gewässer entsendet. Dort fischen sie auf Basis von Fischereiabkommen, mit denen die EU die Fangrechte gekauft hat, die Meere leer. Tausende FischerInnen stehen mittlerweile vor der Entscheidung zwischen Verelendung und Flucht. Die Coalition for fair Fisheries (CFFA) schätzt, dass ein Fünftel der afrikanischen Flüchtenden Fischerei-Flüchtlinge sind.

## **Landraub: Das Geschäft mit dem Hunger!**

Landraub bezeichnet eine Entwicklung, in der sich politisch oder wirtschaftlich durchsetzungsstarke AkteurInnen Landflächen aneignen und/oder kontrollieren. Meist wird dies durch internationale InvestorInnen, wie Banken und Agrarkonzerne vollzogen. Das globale Finanzkapital hat die Äcker der Welt als Geldanlage entdeckt, wodurch der ungestillte Hunger nach Rendite geweckt wurde. Agrarrostofffonds spitzen diese Situation durch Spekulationen auf Preisentwicklungen der Nahrungsmittel weiterhin zu. Diese Anlagefonds werden direkt oder indirekt in bestimmte Rohstoffe, wie Agrargüter, Edelmetalle oder Gas, investiert. Hinzu kommt der Trend, Nahrungsmittel zu Treibstoff zu verarbeiten.

Die Reichsten der Welt sichern sich so den Zugriff zu einer der wichtigsten Ressourcen unseres Planeten. Diejenigen, die das Land kaufen, bestimmen somit darüber, was und vor allem wie zukünftig auf den weltweiten Ackerflächen produziert wird. Besonders die rurale Bevölkerung leidet unter den Folgen des Landraubes. Ihr wurden in den letzten

Jahren viele Möglichkeiten genommen, Nahrung sowohl für den eigenen Verbrauch als auch für den Verkauf anzubauen. Somit steht immer weniger Ackerfläche zur Ernährung von immer mehr Menschen zur Verfügung. Der Hunger derer wird verschärft, die schon jetzt zu wenig haben. Landraub bringt Arbeitslosigkeit und Landflucht mit sich und führt dazu, dass die Ungleichheiten zunehmend größer werden.

## **Waffenexporte: Das Geschäft mit dem Tod!**

50 Prozent derjenigen, die 2015 nach Deutschland geflohen sind, kommen aus Syrien und 7,1 Prozent aus Afghanistan. Sie sind Opfer von Bürgerkriegen und Militärinterventionen, geführt mit Waffen, die zu einem guten Teil in Deutschland produziert wurden. An ihren Schicksalen wird deutlich, wohin Militärinterventionen und Waffenexporte führen: Konflikte werden nicht befriedet, sondern befeuert und die Zahl der zivilen Opfer steigt. Die EU und die USA verursachen mit jeder Militärintervention mehr Flüchtende. Und die deutsche Rüstungsindustrie verdient sich eine goldene Nase an den zunehmend militärisch ausgetragenen Konflikten rund um den Globus. Entsprechend sind 2015 mit der weltweiten Zunahme der Konflikte auch die Rüstungsexporte aus Deutschland deutlich angestiegen.

## **Was es braucht: Ein solidarisches Europa nach innen und nach außen!**

Die Europäische Union muss sich ihrer Verantwortung für die Auslöser von Flucht stellen. Nationalstaatliche Lösungen wird es hinsichtlich der Aufnahme und Integration von Flüchtenden nicht mehr geben. Es sei denn, wir wollen ein Europa verstärkter nationaler Egoismen, ein Europa der Grenzen und Abschottung. In der Folge würden abgesehen von der Einschränkung der Reisefreiheit in der EU, noch weit mehr Menschen auf dem Weg über das Mittelmeer den Tod finden.

## **Deshalb fordert Attac:**

### **Freihandelsabkommen stoppen!**

Wir können und wollen nicht mehr mit ansehen, wie Menschen in den Ländern des Südens die Lebensgrundlagen entzogen werden. Darum fordern wir ein Ende einer Freihandelspolitik auf dem Rücken der ökonomisch Schwächsten. Beim Handel sollte es um Austausch gehen, in dem ökologisch und kulturell unterschiedliche Regionen ihre Erzeugnisse, Fähigkeiten und Kreativität teilen. Die Regeln für einen gerechten Handel sollten sich daran ausrichten, die Ökonomien verarmter und instabiler Staaten zu stärken und ihnen eine eigenständige Wirtschafts- und Sozialpolitik ermöglichen.

### **Legale Einwanderungsmöglichkeiten schaffen!**

Nicht die Schlepper sind es, die die Menschen auf die Boote treiben, sondern der Umstand, dass es für sie keine legalen Einwanderungsmöglichkeiten in die EU gibt. Um das zu ändern, muss die EU ihre Politik zum Schutz der Außengrenzen aufgeben; weiterhin müssen die Asylrechtsverschärfungen zurückgenommen und die restriktiven Visavergabeverfahren gelockert werden, bspw. durch die Vergabe von humanitären Visa in den Botschaften. Denn alle Menschen sollten ein doppeltes Bewegungsrecht haben: das Recht zu gehen und zu bleiben.

### **Solidarisches Verteilungssystem innerhalb Europas einführen!**

Europa kann die menschenwürdige Aufnahme von Flüchtenden nur gemeinsam lösen. Dafür braucht es ein neues solidarisches und an den Interessen der Flüchtenden orientiertes Verteilungssystem. Das Dublin-Verfahren (wonach Flüchtende den Asylantrag in dem Land stellen müssen, welches sie als erstes betreten haben) gehört abgeschafft, denn es hat viel zu lange einseitig den EU-Staaten an den Außengrenzen die Verantwortung für die Asylverfahren zugewiesen. Es bedarf einer

Verteilungsquote, die sich einerseits an der Bevölkerungszahl und der Wirtschaftskraft orientiert, und andererseits die Interessen der Flüchtenden beachtet, das heißt ihnen die freie Wahl ihres Aufnahmelandes ermöglicht.

### **Globalisierung gerecht gestalten!**

Die neoliberale Globalisierung ist einseitig nach den Wirtschaftsinteressen der Länder des Nordens gestaltet worden und hat entgegen ihrem Versprechen nach mehr Wohlstand für alle, die Ungleichheit weiter verschärft. Die wachsende Mobilität der Menschen muss daher auch als Reaktion auf die Folgen der neoliberalen Globalisierung verstanden werden.

Eine umfassende Flüchtlingspolitik, die Rassismus und Menschenfeindlichkeit verhindern will, muss bei der ungleich verteilten Vermögen ansetzen: Ein Prozent der Weltbevölkerung besitzt mittlerweile fast die Hälfte des weltweiten Vermögens und auch in den Ländern der EU klafft die Schere zwischen Arm und Reich weiter auseinander. Werden sozial Benachteiligte gegen Schutzsuchende ausgespielt, ist das gesellschaftlich gefährlich. Vielmehr müssen Armutsbekämpfung und Aufnahme von Flüchtenden Hand in Hand gehen. Es bedarf endlich einer Besteuerung von Vermögen und Umverteilung von Reichtum im nationalen, sowie globalen Maßstab. Denn das Problem sind nicht die Flüchtenden und MigrantInnen, sondern die politischen und ökonomischen Kräfte des Neoliberalismus, die die Ungleichverteilung des gesellschaftlich produzierten Reichtums weiter verschärfen.

Attac Deutschland  
Dezember 2015

Ein Text der AG Globalisierung & Migration  
und des Attac-Koordinierungskreises